attac Ulm-Rundbrief

September 2004

Bestellen kann man den Rundbrief über *www.attac.de/ulm*

EDITORIAL

Mit diesem Rundbrief starten wir in einen heißen Herbst : Im Oktober startet unsere Kampagne 'Ulmer Wasser in Ulmer Händen'. Parallel dazu präsentieren wir hochkarätige Referenten : "El Agua es nuestra! - Das Wasser gehört uns!" : Luis Cuquerella aus Cochabamba/Bolivien wird zu katastrophalen Auswirkungen von Wasserprivatisierungen in seinem Land berichten.
Sabine Leidig, Bundesgeschäftsführerin Attac Deutschland stellt uns Alternativen zum neoliberalen Abbaus des Sozialstaats in Deutschland dar.
Weiter blicken wir in diesem Rundbrief auf die katastrophale Lage Argentiniens und fragen, was Horst Köhlers früherer Arbeitgeber der Internationale Währungsfonds (IWF) damit zu tun hat.
Nachdem im letzten Rundbrief einige der Auswirkungen von Hartz beschrieben wurden, zeigen wir diesmal die Attac-Alternativen (Teil 1 : Bürgerversicherung) zur 'alternativlosen' Agenda 2010 auf.

Viel Spaß beim Lesen,
Niklas Schurig

INHALT:

----

1 - Aktuell : Chirac fordert bei der UN die Einführung der Tobinsteuer

2 - Hartz-Alternativen (Teil 1 : Bürgerversicherung)

3 - Argentinien und der IWF

4 - Ulmer Vorträge im Herbst

5 - Termine und Vermischtes

1 - Aktuell : Chirac fordert bei der UN die Einführung der Tobinsteuer

Attac begrüßt den Vorstoß von Frankreichs Präsident Jacques Chirac zur Einführung internationaler Steuern. In einem Report, den Frankreichs Staatspräsident Chirac bei den Vereinten Nationen vorstellte, fordert er neben der Tobinsteuer (Steuer auf Devisentransaktionen zur Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte) auch eine angemessene Besteuerung von Unternehmensgewinnen transnationaler Konzerne und Lenkungssteuern auf Treibhausgase, Waffenhandel und internationale Lotterien. Vielleicht erklärt Herr Chirac unserem Herr Schröder mal bei einem guten Glas Rotwein die Vorzüge der Tobinsteuer ... .

2 - Hartz-Alternativen (Teil 1 : Bürgerversicherung)

Vorab : In der aktuellen Debatte um Hartz wird uns globalisierungskritischen Gegnern der Agenda 2010 oft vorgeworfen, wir hätten wenig bis keine Ahnung und erst Recht passe es nicht unser Themengebiet. Doch es muß klarwerden, daß unsere 'globalisierungskritischen' Kampagnen z.B. gegen Vodafone auf eine

Verbreiterung der Steuereinnahmebasis zielen. Wenn wir des Weiteren die neue EU-Richtlinie zur Liberalisierung des Binnenmarkts oder das GATS-Reglement kritisieren, sehen wir dies im Zusammenhang mit dem gnadenlosen Standortdumping und dem daraus folgenden Verlust der Handlungsfähigkeit der Bundesregierung. Aufgabe von Attac muß es also sein, die Globalisierungsaspekte des bundesdeutschen Sozialabbaus darzustellen. Und eben so wichtig ist es, Alternativen aufzuzeigen. Heute : Der Attac-Vorschlag für eine 'Bürgerversicherung'.

Es existieren verschiedene Konzepte : Das 'Kopfpauschalenmodell' der CDU schert Arme und Reiche über einen Kamm und soll zunächst nur die gesetzlich Versicherten betreffen. Damit ist der CDU-Vorschlag zumindest in dieser Form keine Bürgerversicherung.
Das Modell der Bundesregierung sieht eine einkommensorientierte Bürgerversicherung vor. Damit hängen die Beiträge von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten ab. Nach den Berechnungen der Bündnis-Grünen würde sich aber nur ein Effekt von unter 2% Beitragssenkung ergeben – bei gleichzeitigem starkem Anstieg des Verwaltungsaufwandes. Auch deshalb ist dieses Modell selbst parteiintern noch umstritten.

Eine zukunftssichere Bürgerversicherung muß die Leistungsfähigkeit der Bürger berücksichtigen, die Finanzierung vom Arbeitsverhältnis entkoppeln, Anreize zur Eigenvorsorge bieten und auch bei der absehbaren Alterung der Bevölkerung nachhaltig finanzierbar sein.
Der Attac-Vorschlag orientiert sich am Schweizer und am Österreichischen Modell und sieht verschiedene Elemente vor : Eine Allgemeine Krankenversicherung mit einem Beitragssatz von nur noch etwa 7,5 Prozent auf alle Primäreinkommen, ohne Beitragsbemessungsgrenze und einem Mindestbeitrag von 86 Euro. Da die Finanzämter diesen Beitrag zentral einziehen würden, wären die Krankenkassenbeiträge von den Lohnnebenkosten entkoppelt. (Die Erreichbarkeit des 7,5 % Beitragssatzes wird unter dem untengenannten Link detailliert ausgeführt.)

Weitere Säule stellt die Grundeinkommensversicherung dar : Angelehnt an das Schweizer Modell werden alle Geldleistungen des deutschen Sozialstaats in ihr zusammengefasst. Renten, Arbeitslosen- , Kinder- , Kranken- , Erziehungs-, Ausbildungsgeld und die Sozialhilfe (bald ALG II) werden erwerbsunabhängig aber einkommensbezogen als Grundsicherung bereitgestellt. Erwerbslose erhalten 50 % dessen als Darlehen das bei gemeinnütziger Arbeit in begrenztem Umfang entfällt. Damit hat derjenige Anspruch auf volle Zahlung der sich 'im System' befindet, arbeitet oder Kinder erzieht. Wer dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht, wird dann behandelt, wie heute die Studenten. Die Zielrichtung ist ein unbedingtes vom Arbeitsmarkt entkoppeltes existenzsicherndes Grundeinkommen. Der Vorschlag - hier nur kurz und unvollständig skizziert - umfasst ebenso eine Neuordnung des Rentensystems und des Gesundheitsmanagements. Im Sinne der Übersichtlichkeit verweisen wir auf die ausführliche Fassung :
www.attac.de/genug-fuer-alle/neuauflage/dateien/textdokumente/material/quali_quanti_opie.pdf

3 - Argentinien und der IWF

Argentinien ist pleite und steckt in der tiefsten sozialen und wirtschaftlichen Krise seiner Geschichte. Etwa 50% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze, jedes fünfte Kind ist unterernährt und 30% der arbeitsfähigen Bevölkerung hat keine Arbeit oder ist unterbeschäftigt. Dadurch ist die Kriminalität sprunghaft gestiegen und Bildungs- sowie Gesundheitsniveau sind gesunken. Allein die Privatisierung der Altersversorgung in der zweiten Hälfte der 90er Jahre hat 90% des Haushaltsdefizits verursacht. Zwischen 1994 und 2001 hatte das staatliche Rentensystem ein Defizit von 68,7 Mrd. US-Dollar. Diese Lücke mußte aus dem Staatshaushalt geschlossen werden. Zu billigen Preisen konnten

ausländische Investoren argentinische Staatsunternehmen erwerben oder sie bekamen für ihre Forderungen an den Staat Beteiligungen an Staatsunternehmen. Ein großer Teil des Geldes wurde aus dem Land geschafft und so der Wirtschaft entzogen.

Zu Beginn der Diktatur 1976, wurde der Grundstein für die Misere gelegt : Das Militär hatte in den reichen Ländern auf Pump Militärausrüstung für den Krieg und für die Unterdrückung der eigenen Bevölkerung gekauft. In der Folge wuchsen die Schulden ebenso wie die Kapitalflucht und die Armut. Die Regierungen privatisierten das Land unter Anleitung des IWF kaputt. Dabei gelang es, riesige Summen aus den öffentlichen Kassen in private Taschen zu leiten. Die Schulden wuchsen immer weiter. Nachdem über Jahre Schulden mit neuen Schulden bezahlt worden sind, musste die argentinische Regierung Ende 2001 die Zahlungen einstellen.

Seit Beginn der 80er Jahre wurde zuerst in Lateinamerika und den USA, dann in den übrigen Industrieländern und schließlich weltweit öffentliche Daseinsvorsorge abgebaut, Sozialsysteme wurden privatisiert und für private Unternehmen beste Bedingungen geschaffen. Diese Maßnahmen konnten in den hoch verschuldeten Ländern des Südens vor allem durch die Macht des Internationalen Währungsfonds (IWF) durchgesetzt werden :

Der IWF leiht nur dann einem verschuldeten Land Geld, wenn dieses die geforderten neoliberalen Maßnahmen umsetzt. Da die Schuldnerländer das Geld des IWF dringend brauchen, tun sie, was der IWF verlangt. Argentinien galt in den 90er Jahren als Musterschüler des IWF und hat seine Wirtschaft entsprechend umgebaut. Heute ist der argentinische Staat pleite und kann seine Schulden nicht mehr bedienen.

Die argentinische Regierung zahlt derzeit auf rund 90% der Schulden keinen Schuldendienst weder die privaten Gläubiger, die den größten Teil der Staatsschuld besitzen, noch die reichen Gläubigerländer werden bedient. Der aktuelle Entschuldungsvorschlag der argentinischen Regierung wird von den privaten Gläubigern als inakzeptabel abgelehnt. Die Verhandlungen stecken in der Sackgasse und es besteht die Gefahr, daß die

argentinische Regierung dem Druck der internationalen Gläubiger nachgibt. Eine gerechte Lösung ist nicht in Sicht. Obwohl Argentinien schon Zinsen und Tilgungen in einer Höhe gezahlt hat, die den Wert der Schulden bei weitem übertreffen, sind die Schulden heute höher als je zuvor. Und die soziale und wirtschaftliche Not der Menschen nimmt kein Ende!

Das einzige Anliegen der internationalen Gläubiger ist die Aufrechterhaltung des Schuldendienstes. Das Schicksal und die wachsende Not der Menschen interessieren sie ebenso wenig wie die Frage, ob Schulden durch Korruption oder durch den Bau einer Schule entstanden sind ! Und dennoch entscheiden sie allein darüber, ob einem Land Schulden erlassen werden oder nicht. Jedem rechtsstaatlichen Grundsatz zuwider sind die Gläubiger zugleich Kläger, Gutachter und Richter. Schuldnerschutz oder eine unparteiische Entscheidung in den Gläubigerländern eine Selbstverständlichkeit existieren zwischen Schuldnerländern und ihren Gläubigern nicht. Das Schuldnerland und damit die Menschen dort sind auf Gedeih und Verderb den Gläubigern und damit auch dem IWF ausgeliefert.

Und der IWF wird von den reichen Industrieländern beherrscht. Je reicher ein Land ist, desto mehr Stimmrechte hat es im IWF. Die Bundesrepublik hat mit 6 Prozent so viel Macht wie 40 afrikanische Länder zusammen. Ohne Druck auf die Reichen wird im IWF nichts passieren, was den Armen hilft.

Attac und erlassjahr.de fordern deshalb : Nur wenn weder Schuldner noch Gläubiger alleine bestimmen, kann es eine politisch und sozial gerechte Lösung geben. Alle Gläubiger – der IWF, die Gläubigerländer, die Banken, die Anleiheeigner müssen Abschläge hinnehmen Vermögen aus Steuerflucht und Korruption, die im Ausland unterbracht worden sind, müssen herangezogen werden!

Die Jahreshauptversammlung von IWF und Weltbank am 4./5. Oktober bietet daher die Gelegenheit Druck zu machen, damit endlich eine Lösung für die Krise Argentiniens gefunden wird. Attac hat zusammen mit erlassjahr.de deshalb bereits eine Kampagne gestartet, alles weitere gibt es unter : www.attac.de/argentinien

4 - Ulmer Vorträge im Herbst

Donnerstag, 7.Oktober 2004

"El Agua es nuestra! - Das Wasser gehört uns!" mit Luis Cuquerella aus Cochabamba/Bolivien.

Das Wasser gehört uns! Mit diesem Slogan wehrten sich die Einwohner Cochabambas in Bolivien gegen die Wasserprivatisierung und die daraus resultierenden Preiserhöhungen und gewannen! Nach erbitterten Auseinandersetzungen gelang es der Bevölkerung im Jahr 2000 die Kontrolle über die Wasserversorgung vom transnationalen Konzern Bechtel (USA) zurückzuerlangen. Luis Cuquerella wird berichten, wie es gelang, die Privatisierung des Wassers rückgängig zu machen und partizipative Strukturen zu entwickeln, die eine demokratische Kontrolle der lebenswichtigen Ressource ermöglichen. Bei mehr als zwei Dutzend erfolgreichen Bürgerbegehren gegen Wasserprivatisierungen in deutschen Kommunen stellt sich auch in Deutschland die Frage, wie die Tendenzen zur Kommerzialisierung von Wasserversorgung und künftige Privatisierungsversuche unterbunden werden können.

Wann : Donnerstag, 7.Oktober 2004

Wo : Club Orange, Einsteinhaus, vh Ulm

Eintritt: 4 Euro, 3 Euro ermäßigt

Veranstalter: Bündnis aus attac Ulm, ver.di und BUND im Rahmen der Kampagne "Ulmer Wasser in Ulmer Hand!"

Dienstag 12. Oktober 2004

20h - Vortrag "Genug für alle!" mit Sabine Leidig, Geschäftsführerin im Bundesbüro von Attac Deutschland. "Im weltweiten Wettbewerb gilt es, den Standort Deutschland zukunftsfest zu machen.“ Unter dieser Parole verkündete Gerhard Schröder seine Agenda 2010. Leider ist es richtig, daß Sozialabbau und neoliberale Globalisierung eng zusammenhängen.

Ein zentrales Merkmal der Globalisierung ist, dass nationale Grenzen für den Verkehr von Kapital, Waren und Dienstleistungen

verschwinden. Zölle, Handelschranken, Regulierungen werden abgebaut. Kombiniert mit den neuen Technologien sind Kapital, Waren und Dienstleistungen mobil wie nie zuvor. Das hat verschiedene negative Folgen, die wir alle auch hier in Deutschland zunehmend spüren. Aber es gibt Alternativen. Mit den Perspektiven einer »anderen Politik« wird sich Sabine Leidig, die Geschäftsführerin im Bundesbüro von attac Deutschland, auseinandersetzen. Wie sehen die Alternativen zum neoliberalen Ansatz des Abbaus des Sozialstaats in Deutschland aus? Wie sind sie international eingebunden?
Wann : Dienstag 12. Oktober 2004
Wo : Club Orange, Einsteinhaus, vh Ulm
Eintritt: 4 Euro, 3 Euro ermäßigt
Veranstalter: attac Ulm in Zusammenarbeit mit der vh Ulm

5 - Termine und Vermischtes

Unser nächstes Plenum findet am 04.10.2004, das übernächste am 18.10.2004 statt. Wie immer um 20 h im Seminarraum, der am Anschlagsbrett im Eingangsbereich angegeben ist, im Einsteinhaus der Volkshochschule Ulm. Alle Leser sind herzlich hierzu eingeladen.
Für weitergehende Informationen und unsere regelmäßigen Treffen sei hier auch wieder auf unsere ständig aktualisierte Internetpräsenz www.attac.de/ulm hingewiesen.
Dieser Rundbrief geht aktuell an 181 Leser. Alle Rundbriefe können auch im pdf-Format heruntergeladen, ausgedruckt und auch gerne verteilt werden. Bitte schreibt weitere Fragen, Anregungen, Termine und Verbesserungen an unsere eMail-Adresse : info.ulm@attac.de.